

Sitzungsniederschrift

14. Sitzung des Betriebsausschusses "KVHS Norden"

Sitzungsort: Integrationsstützpunkt Utlandshörn, 26506 Norden, Utlandshörn 7		
Sitzungsdatum: 14.06.2016	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 16:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrens, Sven	CDU	
Mitglieder		
Behrends, Kuno	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Forster, Hans	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	Vertretung für Herrn Jürgen Rahmel
Lüppen, Christel	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Roß, Helmut	SPD	
Terfehr, Hans	SPD	
Weilage, Udo	CDU	
Beratende Mitglieder		
Krabbe, Henni		Kreisrätin
Weber, Harm-Uwe		Landrat
Verwaltung		
Abels, Heinz		Betriebsratsvorsitzender
Bullwinkel, Axel		Kaufmännischer Leiter der Kreis- volkshochschule Norden
Dannecker, Christine		Kaufmännische Mitarbeiterin KVHS Norden
Daro-Wetzel, Elke		Protokollführerin
Endelmann, Friedhelm		Abteilungsleiter IBF

Hertel, Peter	Integrationsstützpunktleiter
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Müller-Röttger, Oliver	Abteilungsleiter Betreuung
Schwieder, Wolfgang	Gesamtkoordinator Flüchtlingsarbeit KVHS Norden
Wilts, Manfred	stellv. Leiter KVHS Aurich

Nicht anwesend:

Mitglieder

Rahmel, Jürgen GRÜNE

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01.03.2016
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Leitung
 - 6.1. zur aktuellen Auftragslage und wirtschaftlichen Situation
 - 6.2. zur Umsetzung des Integrationskonzeptes
7. Unterstützungszusage des Kreistages zur Weiterförderung des Mehrgenerationenhauses der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH
Vorlage: VIII/2016/128
8. Jahresabschluss 2015 der KVHS Norden
9. Zusammenlegung der Eigenbetriebe KVHS Aurich und KVHS Norden
Vorlage: VIII/2016/122
10. Führung/Besichtigung Gebäude Utlandshörn
11. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
12. Einwohnerfragestunde
13. Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.



TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Der Betriebsausschuss stellt die Tagesordnung einstimmig fest.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01.03.2016**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 01.03.2016 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Der Dozentenvertreter **Günter Beyer** – der als Gast dieser Sitzung beiwohnt – macht darauf aufmerksam, dass Satzungen grundsätzlich in öffentlichen Sitzungen beraten werden müssen. Er ist deshalb verwundert, dass diese Sitzung anfangs als nicht öffentliche Sitzung deklariert wurde, obwohl in TOP 9 die neue Satzung der Eigenbetriebe der beiden Kreisvolkshochschulen behandelt werden soll.

Herr Weber erläutert, dass noch am Freitag vergangener Woche der Sitzungsstatus geändert wurde. Im Nachgang zu dieser öffentlichen Sitzung findet deshalb noch ein nicht öffentlicher Teil statt.



Weiterhin erläutert **Herr Weber** nochmals die Gründe, die dazu geführt haben, dass die Dozentenvertreter nicht im Betriebsausschuss, sondern in der Gesellschafterversammlung mit beratender Stimme vertreten sind.

Ein Gast bemängelt, dass keine Pressemitteilung über diesen Sitzungstermin veröffentlicht wurde. **Der Vorsitzende** begründet dieses mit der kurzfristigen Änderung des Sitzungsstatus und teilt mit, dass er für weitergehende Gespräche zur Verfügung stehe.

TOP 6 **Bericht der Leitung**

TOP 6.1 **zur aktuellen Auftragslage und wirtschaftlichen Situation**

Herr Bullwinkel begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Glückhardt, der sich im Urlaub befindet. Aufgrund der kurzfristigen Anberaumung dieses Termins konnte er diesen nicht mehr verschieben.

Er verweist auf den Jahresbericht der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH, der – gerade fertig gestellt – den Mitgliedern des Betriebsausschusses als Tischvorlage vorliegt und die Arbeit der Einrichtung dokumentiert.

Das Jahr 2015 war für die Kreisvolkshochschule Norden eines der bewegtesten ihrer Geschichte und von vielseitigen Veränderungen geprägt. Seit dem Tod des KVHS-Leiters Uwe Mittwollen sei vieles auf den Weg gebracht und mit einer hoch motivierten Belegschaft geleistet worden. Beide Einrichtungen der Kreisvolkshochschule Norden, der Eigenbetrieb und die gGmbH, hätten wieder „schwarze Zahlen“ geschrieben.

Weiterhin befindet sich die KVHS mitten im Generationenwechsel; die langjährigen Mitarbeiter Karl-Heinz Janssen und Stuart Armit seien in den Ruhestand verabschiedet worden. In diesem Jahr werden die ebenfalls langjährigen Mitarbeiter Werner Krosse, Therese Gerdes und Jürgen Glückhardt aus Altersgründen auch die Volkshochschule verlassen und in Rente gehen.

Die jungen Kräfte als Nachfolge für Werner Krosse für den Arbeitsbereich Kultur und kulturelle Bildung, Siemke Hanßen, und Beatrix Kleffmann für den Arbeitsbereich Gesundheitsbildung und Fortbildung für soziale, pädagogische und gesundheitsorientierte Berufe von Therese Gerdes werden seit einiger Zeit eingearbeitet und auch demnächst im Betriebsausschuss vorgestellt.

Zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich Allgemeine Bildung/Kultur teilt **Herr Bullwinkel** mit, dass die Kurse im letzten Jahr einen Zuwachs von knapp 15 % verzeichnet haben, bei den Teilnehmenden der Zuwachs bei ca. 11 % und bei den Unterrichtsstunden ca. 60 % betrug. Zurückzuführen sind diese Zahlen vorwiegend auf den Sprachbereich, der aufgrund der vielen erst neu eingerichteten Sprach- und Integrationskurse stark zugenommen hat.



Er berichtet weiter, dass der Arbeitsbereich Politische Bildung im Ausbau sei. Im nächsten Programmheft 2017 sollen verstärkt in diesem Bereich Seminare für junge Leute angeboten werden, gerade auch um aufgrund der jetzigen politischen Lage Fehlentwicklungen bei dieser Gruppe entgegensteuern zu können. Demokratie brauche politische Bildung und mündige Bürger als Träger einer lebendigen, auf konstruktive/n Ausgleich und Entwicklung ausgelegten Gesellschaft.

Herr Bullwinkel informiert darüber, dass die Engagement- und Generationenarbeit sich im letzten Jahr sehr gut entwickelt habe und mit zur Kernaufgabe der Volkshochschule gehöre. Es seien über 150 Verträge für Teilnehmer/-innen im Freiwilligen Sozialen Jahr und Bundesfreiwilligendienst abgeschlossen worden. Für den neuen Durchlauf ab August d. J. gebe es bereits 90 Verträge. Seit Anfang Juni 2016 sei das Projekt „Das Engagement von und mit Flüchtlingen stärken – Begegnung schaffen und Beteiligung ermöglichen“ bewilligt. Das Projekt habe eine Laufzeit von 35 Monaten (01.06.2016 bis 30.04.2019) und werde mit einem Gesamtbetrag von 90.000,00 € gefördert.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa) hat das Projekt beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) beantragt und bewilligt bekommen und setzt es nun mit lokalen Freiwilligenagenturen um. Die Freiwilligenagentur Landkreis Aurich ist somit eine von zehn Modellstandorten deutschlandweit.

Anschließend gibt **Herr Bullwinkel** das Wort an Herrn Endelmann, Abteilungsleiter für den Arbeitsbereich Qualifizierung und Beschäftigung, weiter. **Herr Endelmann** berichtet, dass er nach dem Ausscheiden Herrn Glückhardts dessen Bereich Qualifizierung noch zusätzlich übernehmen wird.

Er informiert, dass das Soziale Kaufhaus von der VHS-Nebenstelle Gartenweg zur VHS-Nebenstelle am Schlicktief (ehem. Lidl-Markt) verlagert worden sei und sich dieses sehr positiv auswirke.

Das Projekt „RadAr“ (Raus aus der Arbeitslosigkeit) läuft in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter beständig gut mit einer ordentlichen Integrationsquote in Arbeit. Weiterhin ist im Rahmen der Flüchtlingsarbeit das Projekt „MuT“ (Migration und Teilhabe) seit März d. J. mit insgesamt 88 Teilnehmern gestartet und hat zurzeit 73 Teilnehmer. Es gab bislang fünf Ausstiege wegen Arbeitsaufnahme und zehn weitere Ausstiege in andere Maßnahmen.

Herr Endelmann berichtet von der Ausschreibung einer BVB-Maßnahme (Berufsvorbereitung für junge Menschen); dort hat die Volkshochschule gerade den Zuschlag bekommen. Eine weitere BVB Reha ist ausgeschrieben, das Angebot der Volkshochschule wird morgen verschickt. Weiterhin läuft die Ausschreibung einer BaE-Intensiv-Maßnahme, die es sich zum Ziel gesetzt hat, geflüchtete junge Menschen in Kooperation mit dem Jobcenter in Arbeit zu bringen.

Auf Anfrage von **Frau Jeromin-Oldewurtel**, wie hoch der weibliche Anteil in dem Projekt „MuT“ ist, teilt **Herr Endelmann** mit, dass dort 69 männliche und 19 weibliche Teilnehmer/-innen sind bzw. waren.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, berichtet anschließend **Herr Müller-Röttger** über den Arbeitsbereich „Soziale Dienste“.



Die Jugendhilfeeinrichtung „to Huus“ für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) ist nach wie vor mit 22 Jugendlichen belegt. In WAL sind vier Jugendliche mit Migrationshintergrund untergebracht. Die insgesamt große Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) beschäftigt nicht nur die Kreisvolkshochschule, sondern auch andere Institutionen.

Insgesamt sind zurzeit ca. 124 Jugendliche in stationären Einrichtungen im Landkreis Aurich untergebracht. Für diese Jugendlichen wurden seitens der Volkshochschulen Maßnahmen geschaffen, die ein schulisches wie auch berufliches Clearing ermöglichen, da nicht genügend Schulplätze im Landkreis Aurich zur Verfügung stehen. Zum Sommer hin sollen die Jugendlichen in die Schulen integriert werden, dieses kann dann passgenau erfolgen.

Herr Müller-Röttger trägt vor, dass Migration auch in den anderen Bereichen angekommen ist. In der Kindertagesstätte Mittendrin ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund auf über 50 % angewachsen. Hier erweist sich die Projektbeantragung einer Sprachförderkraft aus dem Bundesprogramm als sehr positiv, entlastet sie doch die Mitarbeiter/-innen in dem Bereich der altersintegrierten Sprachbildung.

Die Zahlen der Wartelisten in beiden Einrichtungen steigen kontinuierlich. Vor allen Dingen die Kindertagesstätte Weltentdecker ist aufgrund ihres Angebotes als Krippe und als altersgemischte Gruppe gefragt, da die Öffnungszeiten der Berufstätigkeit der Eltern entgegenkommen. Im Stadtgebiet Norden gibt es zum Sommer ca. 50 Kinder, deren Anspruch auf einen Kindergartenplatz zurzeit nicht erfüllt werden kann. Auch hier gilt, dass die Flüchtlingskinder diese Zahl noch erheblich erhöhen werden. Hier ist zu überlegen, ob die Kindertagesstätte um eine Gruppe erweitert werden kann. Die Frage der Hortbetreuung von Kindern im Alter von sechs bis elf Jahren ist trotz des hohen Bedarfs in Norden bisher nicht nachhaltig abgedeckt. Auch hier besteht Handlungsbedarf.

Das Landesprogramm Sprachbildung „Regionales Konzept für Sprachbildung und Sprachförderung des Landkreises Aurich“ wird im Sommer seitens des Landes neu aufgelegt, die Durchführung der bisherigen Maßnahme wird seitens des Landes sehr positiv betrachtet, setzt sie doch nicht bei den Defiziten der Kinder an, sondern bei den Mitarbeitern. Diese werden durch Fortbildungen befähigt, sich den Sprachproblemen der Kinder intensiver zuzuwenden.

Herr Müller-Röttger berichtet weiter, dass der Arbeitsbereich Network mit konstanten Zahlen weiterläuft. Auch hier wird nach marktrelevanten neuen Angeboten geschaut bzw. werden entwickelt. Nicht erträgliche Angebote, wie z. B. die soziale Gruppenarbeit werden beendet. Die Entwicklung und Erprobung neuer Angebote in Kooperation mit den Jugendhelfeträgern ist äußerst wichtig, stellt sie doch darüber eine starke inhaltliche Verzahnung mit den Mitarbeitern, aber auch den Ämtern her. Auch im Arbeitsbereich Network schlägt sich die Flüchtlingsarbeit nieder. Die ersten Familien mit Migrationshintergrund werden betreut. Dabei ist auffällig, dass diese Familien zusätzlich Sprachmittler benötigen, um ihre Bedürfnisse und Schwierigkeiten artikulieren zu können.

Auch im Arbeitsbereich JONAS schlägt sich das Thema Migration nieder. Die ersten traumatisierten Flüchtlinge werden über diesen Bereich betreut. Die Zahl der zu Betreuenden steigt. Die Kostensätze wurden mit dem Sozialamt neu verhandelt, so dass dieser Bereich in der Lage sein wird, ein positives Jahresergebnis zu erreichen.

Die Jugendhilfeeinrichtung WAL wurde im letzten Jahr umstrukturiert und das Betreuungsangebot erweitert. Die jetzige 24-Stunden-Betreuung wirkt sich positiv auf die Belegungszahlen aus. Allerdings sinken die Belegungszahlen wie jedes Jahr im Sommer leicht ab, da dann viele Jugendliche einen Schul- oder Ausbildungsabschluss erreicht haben und somit der Auszug aus der Einrichtung ansteht.

Die Ausweitung der Mutter-Kind-Plätze im Arbeitsbereich WAL hat sich als positiv herausgestellt, gerade hier ist ein erhöhter Bedarf nach wie vor vorhanden.

In der Mutter-Kind-Einrichtung Kaje spiegelt sich diese Bedarfslage ebenfalls wider. Ist sie doch ganzjährig zu 100 % ausgelastet; der Bedarf liegt jedoch bei 140 %.

Herr Müller-Röttger teilt mit, dass drei große Bereiche in Angriff genommen werden müssen:

- Die Frage der Kinderbetreuung und Erweiterung der Kindertagesstätten sollte kurzfristig aufgegriffen werden, um zu prüfen, wie ein solches Angebot realisiert werden kann.
- Aus dem Prozess „Zukunft der VHS“ steht noch ein Entwicklungsziel aus, nämlich eine Mutter-Kind-Einrichtung für Mütter, die eine geistige und körperliche Einschränkung haben und daher nicht alleine ihr Kind versorgen können. Hier zeigt sich auch ein immer größer werdender Bedarf, der in Norddeutschland nicht abgedeckt werden kann.
- Die bisherigen Jugendlichen aus dem Bereich der UMAs sollten, da sich ihr Verbleib nun geklärt hat, in eine dauerhafte Betreuungsform untergebracht werden. Wichtig sei auch, eine berufliche und schulische Perspektive für sie aufzubauen, sind doch ca. 30 % nicht in ein normales Schulsystem integrierbar. Von daher sollten dort neue Angebote im Rahmen der Jugendprojektstätten entwickelt werden, die an diese Defizite anknüpfen und den Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich in die Arbeitswelt zu integrieren.

Im Anschluss an diese Ausführungen entsteht eine lebhafte Diskussion, in der festgestellt wird, dass das gravierendste Problem die fehlenden Sprachkenntnisse und die hohe Anzahl der Analphabeten ist. **Herr Bullwinkel** ergänzt, dass eine durchschnittliche Integration in Ausbildung oder Arbeit mindestens zwei Jahre dauert, die Agentur für Arbeit jedoch schon von vier bis fünf Jahren ausgeht. Es sei falsch, die Flüchtlinge zu früh in Arbeit zu bringen, da dadurch aufgrund des fehlenden Sprachniveaus Überforderungssituationen entstünden. Mit dem Modellprojekt „Arbeit und Sprache“ hätte man bereits gute Erfahrungen gemacht.

Der Vorsitzende lobt die Arbeit der beiden Volkshochschulen besonders zur Flüchtlingsproblematik; die erbrachten Leistungen hätten Vorbildcharakter. **Herr Bullwinkel** unterstützt diese Aussage, indem er von einer von Herrn Glückhardt und Herrn Endelmann besuchten BBV-Tagung (Verein zur Förderung der beruflichen Bildung) in der letzten Woche in Berlin mit vielen Volkshochschulen berichtet, die auch in der beruflichen Bildung tätig sind. Keine dieser Kommunen käme auch nur annähernd an das Leistungsniveau zur Integration von Flüchtlingen der beiden Volkshochschulen im Landkreis Aurich heran. In diesem Zusammenhang verweist **Herr Bullwinkel** auf die neu angebotene Seminarreihe „Willkommen in Deutschland“.

Auf Anfrage von **Herrn Meyerholz** zum Ermittlungsbedarf einer Mutter-Kinder-Einrichtung für geistig behinderte Mütter teilt **Herr Müller-Röttger** mit, dass sich dieser aus Anfragen verschiedener Jugendämter ergibt. Allein aus dem Landkreis Aurich



gebe es zurzeit fünf Anfragen; diese Mütter seien aufgrund ihrer geistigen Behinderung nicht in der Lage, ihre Kinder alleine zu versorgen.

Herr Forster stellt fest, dass Betriebe Arbeits- oder Praktikumsstellen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, die Sprachkenntnisse jedoch nicht ausreichen. Er bittet um Informationen, ob weitere Sprachprojekte zu den schon vorhandenen akquiriert werden. **Herr Bullwinkel** erwidert, dass jetzt zum 01.07.2016 ein ESF-BAMF-Programm auf den Weg gebracht wurde; dieses wird im Bereich DaF (Deutsch als Fremdsprache) den Landkreis-Haushalt entlasten.

Zur Fluktuation der Kursteilnehmer/-innen in diesen Sprachkursen teilt **Herr Bullwinkel** auf Anfrage **Frau Jeromin-Oldewurtels** mit, dass es seitens der Flüchtlinge eine hohe Motivation gebe, Sprachkurse und weitergehende Qualifizierungen zu durchlaufen. Durchschnittlich hätten alle Kurse eine über 90 %ige Anwesenheit.

TOP 6.2 zur Umsetzung des Integrationskonzeptes

Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt mit der Besichtigung/Führung unter TOP 10 zu verbinden. Damit sind alle Mitglieder des Betriebsausschusses einverstanden.

Herr Bullwinkel trägt einleitend vor, dass das Bildungskonzept des Integrationsstützpunktes Utlandshörn vorsieht, 40 bis 80 Geflüchtete in unterschiedlichen Kursen für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt vorzubereiten. Ein weiterer Integrationsstützpunkt wird in einem Neubau in der Zinggießerstraße in Norden für 30 Personen errichtet.

Herr Hertel, Koordinator einer der Stützpunkte, stellt anschließend das im Umbau befindliche Gebäude vor. Er betont, dass es nicht darum gehe, an dieser Stelle Dauerwohnen zu etablieren, sondern die Zeit des Integrationsvorgangs auf drei bis sechs Monate zu beschränken. Inhaltlich sollen 15 sogenannte Qualifizierungsbausteine angeboten werden. In erster Linie gehe es um das Erwerben von Sprachkenntnissen sowie um das Erlernen von Alltagskompetenz.

Herr Hertel führt weiter aus, dass bis zum 31.03.2016 in Utlandshörn insgesamt 754 geflüchtete Menschen versorgt und betreut wurden. Jetzt würden dort für die Zeit der Integrationsphase Wohnräume für Geflüchtete geschaffen. U. a. entstünden Wohnungen für Familien und alleinreisende Frauen, Küchen, Aufenthaltsräume sowie ein Medienraum. Der Umbau sei zurzeit mit 150.000,00 € angesetzt.

TOP 7 Unterstützungszusage des Kreistages zur Weiterförderung des Mehrgenerationenhauses der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH Vorlage: VIII/2016/128

Eine Beschlussvorlage liegt vor. **Der Landrat** stellt fest, dass für die Weiterförderung des Mehrgenerationenhauses eine Unterstützungszusage der Vertretung der kom-



munalen Gebietskörperschaft, in der das Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses liegt, also des Kreistages des Landkreises Aurich, erforderlich ist.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht einstimmig folgender Beschluss, der an den Kreisausschuss und Kreistag weitergeleitet wird.

Der Kreistag des Landkreises Aurich stellt fest, dass das Mehrgenerationenhaus Bestandteil der kommunalen Planungen zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ist.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 Jahresabschluss 2015 der KVHS Norden

Die Mitglieder des Betriebsausschusses haben eine Tischvorlage mit Erläuterungen zum vorläufigen Jahresergebnis des Eigenbetriebes der KVHS Norden erhalten. Laut **Herrn Bullwinkel** war es aus terminlichen Gründen nicht möglich, einen vom Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluss in dieser Sitzung vorzulegen.

Frau Dannecker erläutert mit Stand vom 10.06.2016 die großen Abweichungen zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes 2015 in Aufwand und Ertrag. Der Eigenbetrieb der KVHS Norden wird im Wirtschaftsjahr 2015 mit einem Überschuss von ca. 13 TEUR abschließen.

Durch den nochmaligen Rückgang der vom Eigenbetrieb eingeworbenen Aufträge seitens der Jobcenters, die durch die gGmbH ausgeführt wurden, gingen hier die Erträge um 20 TEUR zurück. Die Position „Einnahmen WAL/JONAS/Kita/Kaje“ hat gegenüber dem Vorjahr 290 TEUR Mehreinnahmen erzielt. Die Umsatzsteigerungen konnten durch die Umstellung auf einen 24-Stunden-Betrieb in WAL und durch die im November in Betrieb genommene Jugendhilfeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erzielt werden.

Aus buchungstechnischen Gründen sind die geschätzten Einnahmen für die Flüchtlingsarbeit, die im Wirtschaftsplan unter der Position „Zuschüsse Stadt, Kreis“ ausgewiesen wurden, im Jahresabschluss unter der Position „Sonstige Erträge“ zu finden. Durch die neu eingeworbenen Projekte „Demokratie leben“ und „KoNZ (Kommunales Netzwerk Zuwanderung)“ ist die Position „Zuschüsse Land/Bund“ um 37 TEUR gestiegen.

Die Positionen „Personalkosten“ und „Fremdarbeiten“ haben sich analog zu den oben beschriebenen Gegebenheiten verändert.

Herr Weber freut sich über die „schwarze Zahl“, betont aber, dass dieses ohne den Zuschuss des Landkreises Aurich in Höhe von 250.000,00 € nicht möglich gewesen wäre.

Herr Forster stellt fest, dass dieses positive Ergebnis noch unter dem alten Konstrukt entstanden sei und das gute Wirtschaftsergebnis eindeutig darauf hinweise, dass beide Kreisvolkshochschulen durchaus aus eigener Kraft bestehen könnten. Im Namen der SPD-Fraktion richtet er für die hervorragende Arbeit ein Dankeschön an die KVHS-Leitung. Dieses wird Herr Bullwinkel an das gesamte Team der Kreisvolkshochschule Norden weiterleiten.

Herr Rinderhagen begrüßt ebenfalls die positive Entwicklung der KVHS Norden, die auch mit der Flüchtlingsentwicklung in Zusammenhang steht.

Herr Terfehr stellt fest, dass die Kreisvolkshochschule Norden in den vergangenen Jahren immer wieder auf den wechselnden Markt positiv reagiert und neue Aufgabenfelder erschlossen hat. Es gab nie Anlass zu Bedenken, dass der Landkreis Aurich sich eine Volkshochschule nicht leisten könnte.

Auch **Frau Jeromin-Oldewurtel** spricht ihren herzlichen Dank für die gute Arbeit aus. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Gelder von Bund und Land für die Flüchtlingsarbeit nicht zur Sanierung der Volkshochschulen gedacht seien, sondern eben für die Flüchtlinge.

Herr Bullwinkel stellt fest, dass nicht die Gelder für die Flüchtlingsarbeit, sondern die anderen Arbeitsfelder der Volkshochschule wieder für die schwarzen Zahlen gesorgt hätten.

Der Betriebsausschuss nimmt den vorläufigen Jahresabschluss 2015 zur Kenntnis.

Der Vorsitzende dankt der VHS-Leitung für die hervorragende Arbeit.

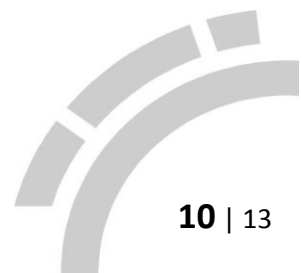
TOP 9 **Zusammenlegung der Eigenbetriebe KVHS Aurich und KVHS Norden**
Vorlage: VIII/2016/122

Eine Beschlussvorlage liegt vor.

Herr Weber trägt vor, den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt auch gestern in der Betriebsausschusssitzung der Kreisvolkshochschule Aurich behandelt zu haben.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.03.2016 u. a. beschlossen, dass die Eigenbetriebe beider Volkshochschulen im Laufe des Jahres 2016 in einen Eigenbetrieb zusammengeführt werden.

Ein Entwurf der neuen Satzung liegt ebenfalls vor. **Herr Weber** teilt mit, dass die Satzung inhaltlich grundsätzlich den alten Satzungen der beiden Eigenbetriebe entspricht. Er erläutert die Änderungen in der Satzung und informiert, dass am letzten Samstag eine Ausschreibung der Leiterstelle für beide Eigenbetriebe in den Regionalzeitungen veröffentlicht wurde.



Frau Jeromin-Oldewurtel freut sich darüber, dass der Antrag auf eine gemeinsame Leitung der beiden Eigenbetriebe Zustimmung gefunden habe. Sie bittet darum, dass der neue Betriebsleiter in die Neustrukturierung miteinbezogen werde. Außerdem bittet sie um ein Organigramm beider Einrichtungen, damit ersichtlich sei, welche Stellen neu geschaffen und welche wegfallen würden.

Herr Weber stellt fest, dass über diese Beschlussvorlage heute nicht entschieden werden kann, da sie nicht fristgerecht zugesandt wurde. Er bittet daher die Betriebsausschussmitglieder, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Eigenbetriebe zum 01.01.2017 aufgelöst werden. Gleichzeitig soll der Eigenbetrieb „Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden“ gegründet werden. Man müsse sich einen Eigenbetrieb wie ein Amt des Landkreises Aurich vorstellen; die beiden gGmbHs selbst würden selbständig bleiben; auch würden die beiden Standorte Aurich und Norden nicht berührt.

Der Vorsitzende informiert ebenfalls darüber, dass über diese Beschlussvorlage heute nicht entschieden werden muss und bittet um Wortmeldungen.

Herr Forster gibt zu bedenken, dass er über diese Entwicklung nicht glücklich sei. Beide Volkshochschulen hätten aus eigener Kraft die von der Politik erwarteten Vorgaben erledigen können. Außerdem fände er es zielführend, wenn aus zwei zentralen Unternehmen der Betriebsausschuss aus mehr als elf Personen bestünde.

Herr Meyerholz gibt zu bedenken, dass bei einem größeren Betriebsausschuss auch die Anzahl der Mitglieder der beiden großen Parteien ansteigen würde. Von daher hält er die Mitgliederzahl von elf für gerechtfertigt.

Herr Rinderhagen erinnert, dass die Zusammenführung der beiden Volkshochschulen schon lange das Thema der CDU war. Er verspricht sich davon auch Synergieeffekte, in Zukunft kostensparender arbeiten zu können.

Herr Wilts erwidert, dass die Geschäftsführung in Norden und vor einigen Jahren auch in Aurich mit jeweils drei Personen besetzt war. Eine Leiterstelle in Aurich wird bereits seit einem Jahr eingespart.

Es wird kein Beschluss gefasst.

TOP 10 **Führung/Besichtigung Gebäude Utlandshörn**

Siehe Punkt 6.2

TOP 11 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

./.



TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Frau Heidemarie Schlimm-Eggert als Gast dieser Sitzung und freiwillige Flüchtlingshelferin bittet um Beantwortung zweier Fragen:

1. Wenn der Integrationsstützpunkt in Utlandshörn etabliert ist, werden dann auch bessere Busverbindungen in die Wege geleitet?
2. Sie hat festgestellt, dass mehrere Platten im Fußboden sehr locker sind. Sie hat Sorge, dass kleine Kinderhände beim Spielen auf diesem Fußboden verletzt werden könnten.

zu 1. **Herr Bullwinkel** hat sich schon darum gekümmert und mit dem Stadtrat Eilers entsprechende Gespräche geführt. Der öffentliche Nahverkehr soll hier ausgebaut werden.

zu 2. **Herr Hertel** führt aus, dass es sich zurzeit hier noch um eine Baustelle handelt. Der komplette Fußboden wird noch erneuert.

Auch ein Anwohner aus Utlandshörn meldet sich zu Wort und sagt, dass er die Arbeit der Volkshochschule für sehr wichtig halte. Die Flüchtlinge hier aufzunehmen sei gut, er halte nur einen Standort, der acht Kilometer von der nächsten Stadt entfernt sei, für nicht so ideal. **Herr Bullwinkel** entgegnet, dass die Flüchtlinge in Hinte und Pewsum einen noch weiteren Anfahrtsweg zur nächsten Stadt hätten und dieses aufgrund der Verkehrsverbindungen kein Problem darstelle.

Der Anwohner trägt weiter vor, dass er nur 300 Meter von diesem Gebäude entfernt wohne und die Nachbarn in der Vergangenheit des Öfteren sehr empfindlich in ihrer Nachtruhe gestört wurden.

Außerdem bemängelt er die Vermüllung der Gegend durch die Flüchtlinge. Die Menschen müssten in der Mülltrennung und -entsorgung geschult werden.

Herr Bullwinkel entgegnet, das Thema Müll werde ohnehin zu einem Schulungsbaustein. Zum Thema Nachtruhe teilt er mit, dass es eine Hausordnung geben wird und es den Bewohnern somit nicht möglich sein werde, sich bis 24.00 Uhr draußen lautstark aufzuhalten. Das ginge schon alleine wegen der dort wohnenden Kinder nicht. Außerdem sei geplant, in Utlandshörn einen 24-Stunden-Dienst einzurichten.

Auf die Frage einer Anwohnerin, wie lange dieser Integrationsstützpunkt in Utlandshörn eingeplant sei, teilt **Herr Bullwinkel** mit, dass die Nutzung bedarfsorientiert und eine Prognose in Jahren nicht möglich sei.

Herrn Beyer (Dozentenvertreter) erschließt sich immer noch nicht der Grund für eine Zusammenlegung der beiden Eigenbetriebe. Von daher möchte er auf die neue Satzung eingehen und fragt an, welche Dozenten im Eigenbetrieb arbeiten (§ 4 der Satzung). **Herr Weber** erläutert, dass die neue Satzung überwiegend der alten entspricht.

Auf Anfrage von **Frau Metz** (Dozentenvertreterin) zum Status der Dozentinnen/Dozenten teilt **Herr Bullwinkel** mit, dass die Volkshochschule seit Jahren mit pädagogischen Kräften arbeite.



Auf weitere Anfrage einer Anwohnerin zur Sicherheit des Gebäudes, der Bewohner und Anlieger schlägt Herr Bullwinkel ein kurzfristiges Treffen der Geschäftsleitung mit den Anwohnern vor.

TOP 13 **Schließung der öffentlichen Sitzung**

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt **der Vorsitzende** die öffentliche Sitzung um 16.35 Uhr.

Die Öffentlichkeit verlässt den Raum.

Sven Behrens
Vorsitzender

Elke Daro-Wetzel
Protokollführerin